Beim 12. Jenaer Wirtschaftstag den Wandel zum Erfolgsfaktor erklärt

Digitale Zukunft kennt keine weißen Flecken

Schauerte: Lösung binnen zwölf Monaten – Krey fürs Wohlfühlen zuständig

■ Von Gerlinde Sommer

Jena. (tlz) Top, die Wette gilt: Der Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung, Staatssekretär Hartmut Schauerte, hat gestern beim 12. Jenaer Wirtschaftstag versprochen, dass es binnen eines Jahres eine Lösung bei der digitalen Anbindung auch dort gibt, wo derzeit noch technisch Steinzeit ist. Weiße Flecken, wie sie jetzt noch in ländlichen Räumen gerade auch im Thüringer Hinterland etwa von der Jungen Union beklagt werden, seien dann Geschichte. „Das Thema hat sich in zwölf Monaten erledigt", betont er auf TLZ-Nachfrage. Ob nun Breitband-Kabel oder Funktechnik, das müsse jeweils noch entschieden werden.

Schauerte kennt sich in dem Bereich gleich doppelt aus: Es ist seine Aufgabe, hier zwischen Ländern und Kommunen zu vermitteln, damit das Ergebnis früher kommt. Der Bund biete Zuschüsse. Doch da, wo Schauerte herkommt, werde das wohl nichts nutzen: Sein Wohn-

Für den Föderalismus setzt sich der Mittelstandsbeauftragte des Bundes, Hartmut Schauerte (Mitte) ein. Für die Landesentwicklung ist Andreas Krey zuständig (rechts). Beide machten beim 12. Jenaer Wirtschaftstag von Professor Volkmar Botta Erfolgsfaktoren deutlich. Foto: tlz/Lioba Knipping

NOTIZEN

Kaum Frauen als Ingenieurinnen

Erfurt. (dpa/tlz) Ingenieur- und Naturwissenschaften sowie Mathematik sind als Studienfach bei Frauen in Thüringen weiterhin unbeliebt. Nur zehn Prozent der weiblichen studienberechtigten Schulabgänger haben sich im Wintersemester an Thüringer Hochschulen in diese Fächer eingeschrieben, teilte das Statistische Landesamt mit. Fast jede Dritte setzt auf Sprach-, Kultur-, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Der Frauenanteil unter den 50 200 Studierenden im Freistaat lag bei 48,7 Prozent – das ist wenig angesichts steigender Abiturientinnenzahlen.

Technik für Mädchen wichtig

Berlin. (dpa/tlz) Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hat Mädchen aufgefordert, Karrieren in technischen Berufen zu starten. Zum Girls' Day verwies die CDU-Politikerin auf den zunehmenden Mangel an Fachkräften. „Der demografische Wandel verstärkt den Druck auf die

Arbeitswelt."

Weiterbildung zahlt sich aus

Erfurt. (dpa/tlz) Die meisten der 11 000 Teilnehmer einer bundesweiten IHK-Weiterbildung profitieren davon. Zwei Drittel der Absolventen einer IHK-Prüfung berichteten von einer vorteilhaften beruflichen Entwicklung danach, teilte die Industrie- und Handelskammer Erfurt mit. 63 Prozent hätten anschließend eine höhere Position oder einen größeren Verantwortungsbereich erhalten, 45 Prozent mehr Geld.

Eintrübung bei Handwerkern

Suhl. (dpa/tlz) Die optimistische Stimmung des Südthüringer Handwerks hat sich im ersten Quartal 2008 leicht eingetrübt. Fast ein Drittel der Mitgliedsbetriebe bewerteten das allgemeine Geschäftsklima als schlecht, 73 Prozent hielten ihre geschäftliche Lage für zufriedenstellend oder gut. Gründe für die gedämpfte Stimmung seien der Euro-Höhenflug, die Unsicherheiten an den Finanzmärkten und die im ersten Quartal sprunghaft gestiegenen Preise für Lebensmittel und Energie, heißt es.

haus im Sauerland steht offenbar so abseits, dass dieser Fleck Erde zu den unter ein Prozent gehören wird, für die weder Funk noch Kabel taugt.

Dass weiße Flecken nicht weiß bleiben und sich die Förderung nicht etwa nur auf wenige Leuchttürme konzentriert, das ist auch die Aufgabe des Thüringer Staatssekretärs Christian Juckenack, der Wirtschaftstag-Veranstalter Professor Volkmar Botta und seinen Teilnehmern im Hotel Esplanade die Grüße des Ministerpräsidenten überbringen darf. Aus seiner Sicht gibt es drei zentrale Erfolgsfaktoren: Geografie und Infrastruktur, Vielfalt der Ansiedlungen sowie die Menschen und ihre Fähigkeiten. Dass der Osten noch immer mit einer höheren Technikbegeisterung und einem größeren Verständnis auf diesem Gebiet aufwarten könne, müsse hervorgehoben werden. Juckenack legt den Tagungsteilnehmern auch ans Herz: „Politik lebt von der Rückmeldung." Es falle aber immer schwerer, die nötigen Informationen zu vermitteln. Das liege auch an der globalen Irritation. Wandel, der die Menschen nicht mehr mitnehme, fördere den Wunsch nach einem großen Handelnden. Doch allen müsse klar sein, dass solche Wünsche nach einer Durchsetzungsfigur, die nicht mehr verhandele, sondern einfach durchgreife, das eigentliche Problem darstellen. Aus Juckenacks Sicht relativiert sich aber diese Gefahr auch deshalb, weil immer mehr Menschen gerade auch hier in Thüringen an der guten wirtschaftlichen Entwicklung direkt partizipieren. Dabei verweist er auf die aktuelle Arbeitslosenquote von 12,6 Prozent – niedrig wie nie und Tiefstrekord im Osten. Auch ein Plus bei den Beschäftigten macht er aus. „Das ist alles keine vorübergehende Blase, sondern eine sich verstetigende Entwicklung", ist sich der Thüringer Wirtschaftsstaatssekretär sicher.

■ Das Land unter der möglichst hoch stehenden Sonne

Juckenack setzt dem Bild der Leuchttürme jenes des Flutlichtes entgegen, während Botta mit dem sprichwörtlichen Flächenbrand kontert. Schauerte sähe Thüringen dagegen am liebsten als Land unter der möglichst hoch stehenden Sonne, denn: „Je höher die Sonne steht, desto weniger wird Schatten geworfen". Während Juckenack dann nach Berlin weitereilen muss, um dort über die Aufgabenverteilung bei den Kooperativen Jobcentern zu verhandeln, die Bundes- und Kommunalaufgaben jetzt gesetzeskonform neu zu bündeln haben, zeigt Schauerte auf, warum der Föderalismus oft zu Unrecht gescholten wird. Ein Beispiel: Gerade mit Blick auf die neuen Länder werde gerne so getan, als ob der Kern des Problems deren mangelnde Größe sei. Ob denn jemand im Raum meine, dass ein Bundesland Ost in den Grenzen der DDR mit Regierungssitz etwa in Potsdam all die nötigen Transformationen seit 1990 besser bewältigt hätte, will er wissen. Keiner meldet sich. Aus Sicht des Sauerländers gibt es gute Gründe für kleine Einheiten – in der Wirtschaft gelte etwa: „Sie reagieren schneller und streuen das Risiko". Und aus Ländersicht gelte: Thüringen muss sich mit seinen etwas mehr als zwei Millionen Einwohnern durchaus nicht verstecken. Mazedonien sei nicht größer – und inzwischen ein anerkannter Staat. Bessere Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene zwischen benachbarten Bundesländern aber kann sich Schauerte gut vorstellen. Für ihn ist der Föderalismus abseits der Motivationen bei seiner Installierung nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem auch ein Erfolgsfaktor, wenn der Wettbewerb unter den Ländern ernst genommen werde. Umso schädlicher sei es gewesen, dass so lange ein „Schweigekartell" unter der Kultusministern geherrscht habe. Vielfalt in der Bildung sei richtig, aber sie müsse auch genutzt werden, um sich dank kritischer Analyse von Stärken und Schwächen immer weiter zu entwickeln. „Wir wollen und müssen Unterschiede zulassen, darüber dann aber auch reden", bringt er seine Sicht der Dinge auf den Punkt. Föderalismus etwas mutiger gelebt, das bedeute, ein Instrument zur Optimierung der Abläufe in der Hand zu haben. Föderalismus dürfe aber nicht als Instrument der Abgrenzung und des Stolzes gebraucht werden. Kurz gesagt: „Wir sind mit ihm besser aufgestellt als ohne ihn".

Andreas Krey. Chef der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG), ist beinahe so etwas wie ein Wellness-Manager – und das in durchaus positivem Sinne. Das Wort Wohlfühlfaktor spielt in seiner Arbeit eine wichtige Rolle. Er muss dafür sorgen, dass sich hierzulande etwas entwickelt – und zwar vom größten Industriestandort am Erfurter Kreuz bis hin zur Besetzung von offenen Fachkräftestellen. Gleichzeitig ist er überall dort dabei, wo Thüringer Unternehmen im Ausland Geschäfte machen wollen. Das Wohlgefühl fördern, heißt aus seiner Sicht, einerseits vor allem den Wochenpendlern im eigenen Land Jobperspektiven zu eröffnen. Es heißt aber auch, mit all den Firmenzentralen in Kontakt zu sein, die hier in Thüringen nur eine Filiale haben. Denn das hat die Erfahrung gezeigt: Wenn geschlossen oder verkauft werden muss, passiert dies meist in den vom Mutterhaus entfernten Standorten. Für Krey und seine Mannschaft heißt das: Immer wieder neu ins Gespräch kommen. Einfacher wird diese Arbeit nicht in Zukunft: Wenn 2010 der Solidarpakt I ausläuft, hat Thüringen 150 Millionen Euro weniger im Haushalt. Und mit dem Ende der Ziel-1-Vereinbarung 2013 wird noch mal kräftig gestrichen.